

Ein Gesundheitspolitiker unter Spionageverdacht

Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof hat gegen den Gesundheitspolitiker Dr. med. Fritz Cremer (57) Haftbefehl erlassen. Cremer wird beschuldigt, für die DDR geheimdienstlich tätig gewesen zu sein. Einer Mitteilung seines Anwaltes zufolge empfindet er sich „eindeutig als nicht schuldig“.

Dr. Cremer, der seit 1945 in Lengfurt (Bayern) als Arzt praktiziert, gehört seit 1966 dem bayerischen Landtag an. Bundesweit bekannt ist er in Fach- und Parteikreisen als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG); diesen Vorsitz hat er seit 1975 inne, damals wurde die bisherige Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker (ASÄ) zur ASG erweitert. Außerdem war Cremer stellvertretender Vorsitzender der gesundheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand (Vorsitz: Friedel Läpple), die die „Gesundheitspolitischen Leitsätze“ der SPD erarbeitete. Deren Mandat endete mit dem Parteitag im November 1977, der auch die „Leitsätze“ verabschiedete. NJ

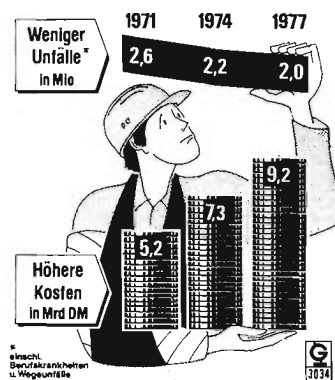
85 Millionen für die Krebsforschung

Aus Bundesmitteln wurden im vergangenen Jahr 85,8 Millionen DM für die Krebsforschung zur Verfügung gestellt. Der Förderbeitrag für das deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg betrug 59 Millionen DM. Für ressortzugehörige Forschung, darunter fallen beispielsweise Projekte über Vorsorge und Früherkennung, wurden 17 Millionen Bundesmittel bereitgestellt. Diese Angaben machte der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Karl-Fred Zander, kürzlich in der Fragestunde des

Deutschen Bundestages auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Dr. Ulrich Steger (Dorsten).

Daneben seien im Jahr 1978 für die Senatskommission „Krebsforschung“ bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft weitere 153 000 DM sowie für die Internationale Zentralstelle für Krebsforschung (IARC) in Lyon/Frankreich Beträge von umgerechnet einer Million DM ausgegeben worden. Auch das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI), Köln, partizipiere als eine dem Bundesministerium unmittelbar unterstellte Forschungsstelle erheblich an den Förderbeträgen, um gezielt onkologische Daten zu sammeln und bereitzustellen. HC

Arbeitsunfälle und ihr Preis



Trotz der seit 1971 stetig rückläufigen Entwicklung der Zahl der Arbeitsunfälle erhöhten sich in den letzten sieben Jahren die Ausgaben der Berufsgenossenschaften sprunghaft: Die Unfallversicherungen zahlten als Entschädigungsleistungen und für Rentenzahlungen an Verletzte oder Hinterbliebene 1971 noch rund 5,2 Milliarden DM; bis 1977 erhöhte sich der Etat der gesetzlichen Unfallversicherung um 77 Prozent auf 9,2 Milliarden DM. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der angezeigten und entschädigungspflichtigen Arbeitsunfälle von 2,6 auf 2,0 Millionen. Globus/DÄ

Landwirtschaftliche Krankenkassen: Mehr als sechs Prozent Kostenanstieg erwartet

Die landwirtschaftlichen Krankenkassen erwarten eine sechs- bis siebenprozentige Leistungsausgabensteigerung im Jahr 1978 gegenüber dem Vorjahr. Während die Gesamtleistungen der landwirtschaftlichen Krankenkassen 1977 noch 1,71 Milliarden DM betragen, werden sie im abgelaufenen Jahr voraussichtlich auf insgesamt 1,83 Milliarden DM steigen.

Der Bundesverband der Landwirtschaftlichen Krankenkassen, Kassel, zeigte sich vor allem über die Entwicklung der Ausgaben im Bereich der Arzneimittel (+ 12,9 Prozent), der Heil- und Hilfsmittel (+ 16,3 Prozent) sowie der zahnärztlichen Behandlung (+ 9,2 Prozent) und des Zahnersatzes (+ 10,4 Prozent) besorgt. Spürbar teurer geworden gegenüber dem Vorjahr sei auch die Krankenhausbehandlung. EB

In einem Satz

Barmer – Mehr als vier Millionen Mitglieder sind jetzt in der größten Angestellten-Krankenkasse, der Barmer Ersatzkasse (BEK), versichert, die zusammen mit zwei Millionen Familienangehörigen durch mehr als 1000 Geschäftsstellen betreut werden. DÄ

Betriebsärzte – Eine drei Monate umfassende theoretische Weiterbildung anstelle des bisherigen Zwei-Wochen-Seminars hat das IG-Metall-Vorstandsmitglied, Karl-Heinz Janzen (Frankfurt), anlässlich einer Arbeitssicherheitstagung in Heidelberg gefordert. EB

Sozialhilfe – Der Gesamtaufwand der Sozialhilfe belief sich 1977 auf 10,5 Milliarden DM; dies sind 8,8 Prozent mehr als 1976. DÄ